

Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



## Infobrief aus Straßburg 4. - 8. Februar 2013

### Brüssel tötet keine Kreisel!

In den letzten Tagen werde ich wieder vermehrt darauf angesprochen, dass das Entfernen der Kunstwerke auf unseren heimischen Kreisverkehren auf Anordnung der EU geschieht. Das ist nicht der Fall! Die EU hat im November 2008 die Richtlinie 2008/96/EG über ein Sicherheitsmanagement für den Straßenverkehr verabschiedet.



Diese Richtlinie legt lediglich den Rahmen und die gemeinsamen Zielvorgaben fest; für die konkrete Umsetzung und Ausgestaltung sind die Nationalstaaten verantwortlich. Aus Artikel 1.2 der o.g. Richtlinie geht klar hervor, dass diese nur für die Sicherheitsüberprüfung von Straßen gilt, die Teil des transeuropäischen Straßennetzes sind (vor allem Fernstraßen). Den Mitgliedstaaten wird die Möglichkeit eingeräumt, die Richtlinie auch auf nationale Straßen anzuwenden (Artikel 1.3).

In Baden-Württemberg liegt die Verantwortung für den Abbau von Kunstwerken, Bäumen etc. bei der Landesregierung. Ich spreche mich

ausdrücklich für Kreisverkehre zur Verkehrsberuhigung und mehr Sicherheit im Straßenverkehr aus; Kunst stört hier definitiv nicht!

## Strengere Obergrenzen gegen Lärm im Verkehr

Das Parlament in Straßburg stimmte am gestrigen Mittwoch für strengere Obergrenzen für Lärm durch Kraftwagen und LKW. Hintergrund dieses Gesetzentwurfs sind die nachweislich negativen Auswirkungen von



Verkehrslärm auf die Gesundheit. Neben Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Wahrnehmungsstörungen kann der dauerhafte Lärm auch psychische Probleme verursachen.

Die Regulierung sieht eine Senkung der Autogeräusche um drei bis vier Dezibel über fünf Jahre hinweg vor. Diesen Anpassungszeitraum erachte ich als teils zu ambitioniert, da es für die Automobilindustrie bedeutet, dass 65% der Kraftwagen neu entwickelt werden müssten. Dies würde zu immensen Kosten führen, die letztlich an die Kunden weitergereicht werden.

Außerdem müssen wir auch die andere Seite der Medaille sehen. Denn wenn die Maßnahmen zur Reduzierung von Lärm durch schmalere Reifen oder schwerere Motoren erreicht werden sollen und sich dadurch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhöht oder beispielsweise Bremswege verlängert werden, haben wir nichts gewonnen.

Als positiv erachte ich jedoch die Maßnahme, wonach fast geräuschlose Hybrid- und Elektrofahrzeuge mit einer Geräuscherkennung als Warnung für Fußgänger ausgestattet werden sollen. Außerdem sollen Käufer von Neufahrzeugen detailliertere Informationen zum Lärmpegel von Neuwagen erhalten. [Hier](#) finden Sie Näheres zur Thematik.

## EU-Ratsgipfel: Zweiter Anlauf für Europäisches Budget

Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wird nach dem gescheiterten Gipfel im November nun am 7./8. Februar erneut um das EU-Budget gefeilscht. Es geht hierbei konkret um das Budget für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Sollte es keine Einigung geben, werden anstatt eines Gesamtbudgets für jedes einzelne der sieben Jahre separate Budgets festgelegt. Gerade für europäische Förderprogramme vor Ort, wie die Förderung der ländlichen Entwicklung in Baden-Württemberg, die oft über mehrere Jahre laufen, würde eine langfristige Planung somit quasi unmöglich. Ein Scheitern des Gipfels würde auch ein kritisches Signal in Bezug auf die Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit der Union an unsere internationalen Partner senden.

Angesichts der wirtschaftlichen Probleme in den Mitgliedstaaten, mit Jugendarbeitslosigkeitsraten von über 20% und Nullrunden beim Wachstum müssen wir, wie David Cameron richtig forderte, politische Prioritäten festlegen und nationale bzw. lokale Kompetenzen klar von EU-Kompetenzen abgrenzen. Große Sorge bereitet mir allerdings die Forderung des britische Premiers, die gesamten EU-Ausgaben undifferenziert zu kürzen. Zum einen fließen 94% der Gelder über die europäischen Programme wieder zurück in die Mitgliedstaaten. Zum anderen ist es zwar richtig, dass in einigen Bereichen sparen sinnvoll ist und nationale Ansätze effektiver sind, allerdings sind die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsstaaten so eng miteinander verwoben, dass gerade die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Senkung der Arbeitslosigkeit nur in europäischer Zusammenarbeit wirksam angegangen werden können. Näheres finden Sie [hier](#).



mit herzlichen Grüßen  
Ihre Elisabeth Jeggle

**Elisabeth Jeggle MdEP**  
Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

**Anschrift Europäisches Parlament**  
Europäisches Parlament  
Rue Wiertz – ASP 10E 209  
B-1047 Brüssel

**Tel.** 0032 - 2 - 284 5351  
**Fax** 0032 - 2 - 284 9351  
[elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu](mailto:elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu)

**Anschrift Europabüro**  
Elisabeth Jeggle  
Bahnhofstr. 8  
D-88250 Weingarten

**Tel.** 0751 - 560 92 530  
**Fax** 0751 - 560 92 550  
[kontakt@euroeggle.de](mailto:kontakt@euroeggle.de)

**Elisabeth Jeggle,  
Mitglied des Europäischen Parlaments**